

Der Autor ist Redakteur des Nachrichtenüberblicks philippinen aktuell. Er lehrt Südostasienkunde in Bonn und forscht zur Zeit zu den politischen Implikationen prekärer Existenzsicherung in den Philippinen.

Beschäftigungslage und der informelle Sektor

Die Philippinen sind ein Billiglohnland. Der Mindestlohn liegt zwischen 204 Peso in der Region Bicol auf dem Land und 404 Peso im Ballungsraum Manila, also zwischen vier und knapp acht Euro – am Tag.

Da die Mindestlöhne in der Mehrzahl der Branchen eher den Höchstlohn darstellen, liegen die tatsächlichen Tageseinnahmen einer Arbeitskraft eher niedriger. Im Jahr 2010 betrug laut Arbeitsministerium der faktische Durchschnittslohn nur 306 Peso (bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 44,5 Stunden). Gerade in Manila kommen oft weite Wege zur Arbeit hinzu, die aus einem Achtstundentag nicht selten zwölf Stunden machen.

Eine Studie der Internationalen Textilarbeitergewerkschaft ITGLWF zu den Arbeitsbedingungen u. a. in den Philippinen kam Anfang 2011 zu niederschmetternden Ergebnissen. Sie untersuchte 47 Fabriken, die vorrangig für den Export produzieren. Verstöße gegen nationale und internationale Arbeitsgesetzgebung »bleiben die Regel«, so das Fazit der Studie. Jede Vierte sei ZeitarbeiterIn, jede Dritte sei LeiharbeiterIn. Dabei habe die Leiharbeit in den letzten Jahren um 20 Prozent zugenommen, wobei Leiharbeiterinnen und Zeitarbeiter Kernaufgaben in den Fabriken ausführten. Nichtsdestotrotz würden ihnen die Rechte als regulär Beschäftigte gemäß Artikel 280 des Arbeitsgesetzbuches (Labor Code) der Philippinen vorenthalten. In der Regel würden sie nach fünf Monaten (»Probezeit«) entlassen, so dass man ihnen diese Rechte nicht gewähren müsse. In einigen Fabriken betrug die Zahl der »PraktikantInnen« 50 Prozent und mehr. In keiner der 47 Betriebe würden anständige Löhne gezahlt, die zum Leben reichten (living wage). Vielmehr würde in 30 Prozent der Fälle sogar weniger als der Mindestlohn gezahlt. ZeitarbeiterInnen verdienen oft nur ein Drittel der regulär Beschäftigten,

LeiharbeiterInnen zirka 40 Prozent. Zudem würde ein Drittel keine Überstunden bezahlt bekommen (Business Mirror, 10.5.2011). Im Jahr 2010 hat der Unterwäschehersteller Triumph seine Fabriken in den Philippinen geschlossen, die dort regulär Beschäftigten entlassen und dann eine neue Fabrik eröffnet – allein mit Zeit- und Leiharbeiterinnen bemannt.

Frauen als billige Arbeitskräfte

In der arbeitsintensiven, exportorientierten Produktion – von Kleidung, Schuhen oder Nahrungsmitteln bis hin zu Elektronikprodukten – arbeiten hauptsächlich Frauen; in Freihandelszonen stellen sie vielfach drei Viertel aller dort Beschäftigten. Ein Blick auf den Inlandsmarkt führt zu dem Ergebnis, dass Frauen überdurchschnittlich in den schlechter gestellten Beschäftigungen des formellen wie informellen Sektors vertreten sind – ob als unterbezahlte, kaum abgesicherte Verkäuferinnen der Kaufhauskette ShoeMart, als Kellnerinnen oder als Haushaltshilfen der »Bessergestellten«.

Sind sie verheiratet oder kümmern sie sich um die alt gewordenen Eltern, müssen sie den traditionellen Arbeiten wie Kinderbetreuung oder Haushaltsführung nachkommen, sind also in der Regel mehrfach belastet. Häufig müssen Frauen auch arbeiten, um ein ausreichendes Haushaltseinkommen zu erwirtschaften. Gerade wenn Männer ihren Job verlieren, suchen sich Frauen ein (weiteres) informelles hanapubuhay (einen Lebensunterhalt wie etwa eine Straßenküche oder Putzjobs), weil Männer so etwas nicht mit ihrer Männlichkeit vereinbaren können. Auch auf dem Arbeitsmarkt werden Frauen diskriminiert. Oft werden nur alleinstehende und junge Frauen gesucht (»female, 18–25, single, pleasant appearance«) – schwangere Frauen verlieren häufig ihren Arbeitsplatz. Doch trotz aller Mehrbelastung und Diskriminierung: Töchter und Mütter sind stolz darauf, dass sie die Familie durchfüttern und den Eltern einen würdigen Lebensabend sichern können.

Der Arbeitsmarkt

Filipin@s verfügen über einen vergleichsweise hohen Bildungsstand. Dies geht allerdings mit einem unzureichenden und schlecht entlohnten Arbeitsplatzangebot im Inland einher.

Bei einer Beteiligung am Arbeitsmarkt (Erwerbsquote) von 64–68 Prozent aller erwerbsfähigen Personen waren nach Angaben der Regierung 2009

Produktivität ist in manchen Unternehmen ein Maßstab für gute Arbeit und wird das Soll nicht erfüllt, kann es zu Lohnkürzungen kommen.
Foto: Archiv philippinenbüro



7,4 Prozent (3,5 Mio. Menschen) arbeitslos; andere Zählungen gehen indes von weit höheren Zahlen aus. Während das unabhängige Forschungsinstitut IBON (für 2010) von 11,2 Prozent (4,4 Millionen) Arbeitslosen ausgeht, gibt das wichtigste private Meinungsforschungsinstitut SWS sogar an, dass 2010 nur 53,6 Prozent aller erwerbsfähigen Personen Arbeit hatten und 13,8 Prozent Arbeit suchten. Auf vier Erwerbstätige kommt also ein Arbeitsloser bzw. eine Arbeitslose. Unter den 18 bis 24-Jährigen waren im März 2011 59 Prozent arbeitslos. 80 Prozent aller Erwerbslosen verfügen dabei über einen Schulabschluss: zirka 40 Prozent über einen Sekundarschulabschluss und weitere 40 Prozent sogar über Collegeausbildung (allerdings nur insgesamt 18 Prozent aller Erwerbslosen auch über einen Collegeabschluss) (The Philippine Star, 25.7.2011).

In Gesellschaften mit vielen Armen und einer unzureichenden sozialen Sicherung haben Arbeitslosenstatistiken allerdings einen begrenzten Aussagewert. Da es nur für öffentliche Bedienstete so etwas wie eine Arbeitslosenversicherung gibt, müssen sich Erwerbslose, die nicht auf eigene oder familiäre Rücklagen zurückgreifen können, gleich einen neuen Job suchen. Eine aussagekräftigere Zahl ist daher die der Unterbeschäftigten, also der *working poor*, die trotz Arbeit nicht genug zum Leben haben. Diese Zahl lag 2009 bei 19,4 Prozent. Zählt man noch die ArbeitsmigrantInnen hinzu (9 Mio.), kommt man wie IBON auf eine »Beschäftigungsknappheitsquote« von mindestens 40 Prozent.

Selbst wer »ordentlich beschäftigt« ist, muss oft noch Nebenbeschäftigungen (*moonlighting*) nachgehen, wie etwa die schlecht bezahlten LehrerInnen an öffentlichen Schulen. Die Armen sind nicht arm, weil sie keine Arbeit haben (tatsächlich haben sie zu viel Arbeit), sondern weil sie für zu niedrige Löhne arbeiten.

Gleichzeitig herrscht allerdings auch ein Mangel an Fachkräften: Nach Angaben des Philippine Institute for Development Studies klagte 2009 jedes dritte von 448 Großunternehmen über einen Mangel an GeologInnen, ArchitektInnen, IngenieurInnen, ForscherInnen, aber auch an Maschinistinnen, Schmieden und anderen FacharbeiterInnen. Auch die Call-Center-Branche sucht händeringend nach Beschäftigten. Die aber müssen fließend Englisch sprechen und zumindest einige Jahre das College besucht haben (siehe Niklas Reese: Manila am Appar, südostasien 4/2007, S. 74–76)

Der informelle Sektor - ein Auffangbecken?

In zahlreichen Berufszweigen ist eine Beschäftigung im informellen Sektor der Normalfall. Da gibt es in den Städten die »Selbständigen«, die eine der zahllosen Kantinen (*Eateries*) oder Tante-



Junge Frauen arbeiten am Fließband für ein Kleidungsunternehmen. Foto: Archiv philippinenbüro

Emma-Läden (*Sari-Sari-Stores*) betreiben. Für ein Drittel der armen Haushalte in Metro Manila ist Heimarbeit (Fertigung von Schuhen, Kleidern oder Möbeln, Dienstleistungen wie Waschen und Kinderbetreuung), so die Asian Development Bank (ADB), eine signifikante Einkommensquelle. Es gibt unzählige Handwerksbetriebe aller Couleur, kaum einen Bürgersteig, der nicht von StraßenhändlerInnen gesäumt ist. Oft sind es Kinder, die für ein paar Centavos Blumen, Süßigkeiten, Zigaretten oder Zeitungen an und auch auf der Straße verkaufen oder auf den Müllhalden nach Brauchbarem suchen. So halten sich zahlreiche Menschen mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser. Und auch die über 150.000 Jeepneyfahrer im Lande sind in der Regel Scheinselbständige, haben keine soziale Absicherung und ein unstetes Einkommen.

Dabei bestehen im informellen Sektor große Unterschiede in punkto Einkommen und Absicherung: Während LadenbesitzerInnen ein erträgliches Einkommen haben, gilt das für ihre Angestellten weniger und für die zahlreichen »unter freiem Himmel Arbeitenden« überhaupt nicht. Landesweit sollen dies drei Millionen Menschen sein, die sich als StraßenverkäuferInnen buchstäblich durchs Leben schlagen. Mehr als vier Millionen »mithelfende« Familienangehörige sind in Landwirtschaft und informellem Sektor tätig. Es gibt zirka sieben bis neun Millionen HeimarbeiterInnen. Da informell Beschäftigte meist mehrere Jobs ausüben (müssen) – von der Reproduktionsarbeit, die fast nur Frauen leisten, einmal abgesehen – sind Doppelzählungen wahrscheinlich. Aufgrund seiner »versteckten« Natur gibt



Frauen verkaufen frischen Fisch auf der Straße. Foto: Jean Marie Ferraris

Eine Straßenverkäuferin am Busbahnhof – nur eine der vielen Arbeiten?
Foto: B.J. Patiño



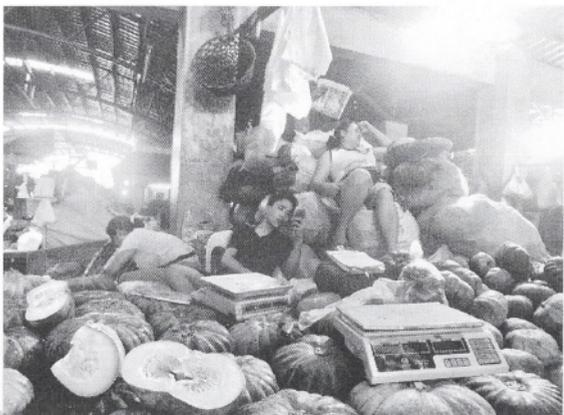
es keine offiziellen Erhebungen, doch schätzt die Regierung, dass der informelle Sektor etwa 30 Prozent des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet.

Da der informelle Sektor arbeitsintensiver produziert, ist er insgesamt auch unproduktiver als der kapitalintensivere formelle Sektor. In der Regel können informell Beschäftigte zudem keine großen Investitionen tätigen, da ihre Wohnsituation prekär ist. Der Ort, an dem sie wohnen und häufig auch produzieren, ist meist Land, das ihnen nicht gehört, und sie müssen jederzeit mit Räumungen rechnen. Die Beschäftigung fluktuiert mehr und ist kurzfristiger und unregelmäßiger, sie besteht lediglich »just in time«. Da informelle Arbeitskraft auch billiger ist, werden oft reguläre Beschäftigungsverhältnisse in prekäre umgewandelt. Gleichzeitig dienen die informell Beschäftigten als »Reservearmee«, auf die die formelle Wirtschaft zurückgreift, sobald wieder reguläre Arbeit gebraucht wird.

Und alles wird immer teurer...

Die Preise für Produkte, die in großem Umfang oder gänzlich importiert werden, sind in den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich gestiegen. Zu diesen Produkten gehören Benzin und Waren, bei deren

VerkäuferInnen warten auf Kunden auf einem der größten Marktplätze in Bankerohan, Davao City.
Foto: B.J. Patiño



Herstellung Rohöl gebraucht wird, sowie weiterverarbeitete Erzeugnisse. Sogar ein Drittel des Reisbedarfs wird vor allem aus Vietnam und Thailand eingeführt. Zwischen 2001 und 2009 ist der Reispreis um 75 Prozent gestiegen und die Treibstoffpreise, von denen Ausgaben für Transport und das Kochen abhängen, um 180 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg das Durchschnittseinkommen aber bloß um 57 Prozent, so dass IBON von einem realen Kaufkraftverlust von 14 Prozent ausgeht. Die Informalisierung der Wirtschaft dient deshalb auch dazu, dass die Verarmten an Waren kommen, die billig genug produziert werden, damit sie sich diese überhaupt noch leisten können.

Gefragt, ob sie mit den 9.900 Peso auskommen, die nach Ansicht der Regierung fürs Leben in der Hauptstadt reichen, geben Manilas Arme in einer Umfrage des SWS an, dass dies gerade einmal genug sei für das nötige Essen. Um der Armut zu entkommen, bedürften sie nach eigenen Angaben dagegen für eine sechsköpfige Familie mindestens 15.000 Peso im Monat. IBON geht davon aus, dass selbst wenn beide Elternteile Vollzeit arbeiten und den Mindestlohn von 404 Peso in Metro Manila und Umgebung erhalten, mittlerweile nur noch 41 Prozent der Grundbedürfnisse einer (sechsköpfigen) Familie decken können (2001 waren es noch 52 Prozent). So sind zusätzlich Gelegenheitsjobs vonnöten, um überhaupt zu überleben.

Gewerkschaften fordern darum eine Erhöhung des Mindestlohns um 75 bis 125 Peso, während Arbeitgeber und Ökonomen davor warnen, dies könnte Preisspiralen und Entlassungen zur Folge haben mit der Konsequenz, dass Lohnerhöhungen wieder zunichte gemacht würden. IBON errechnete, dass eine allgemeine Lohnerhöhung von 125 Pesos die ArbeitgeberInnen in Metro Manila 135 Mrd. Peso kosten würde, was ihre Gewinne (die zwischen 2001 und 2010 jährlich um 21 Prozent gestiegen sind) um 15,1 Prozent mindern würde. Das Institut weist darauf hin, dass eine Stärkung der Massenkaukraft auch positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung habe, da das von oben nach unten umverteilte Geld nicht gespart, sondern ausgegeben und zudem eher heimische Produkte als importierte Luxusgüter gekauft würden.

Zugleich ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich die hohe Arbeitsintensität in den Philippinen (hinter jedem Schalter stehen mehrere Beschäftigte und auch Mittelschichtenhaushalte können sich mehrere Haushaltsangestellte leisten¹⁾) nur durch niedrige Löhne aufrechterhalten lässt. Zudem würden von den geforderten Erhöhungen des Mindest-

1. Mike Wootton geht in der Manila Times vom 22.9.2010 davon aus, dass es in den Philippinen nur für 30 Prozent der Bevölkerung »echte Jobs« gibt.

lohns nur regulär Beschäftigte profitieren – also die Minderheit aller Erwerbstätigen. Der nationale Lohnrat erhöhte den Mindestlohn in der Vergangenheit lediglich alle paar Jahre um jeweils zirka 20 Peso, was nicht einmal den Kaufkraftverlust ausglich.

Dieser Artikel ist eine leicht gekürzte Version des gleichnamigen Artikels aus der Neuauflage des Handbuchs Philippinen, die im September 2012 über das philippinenbüro und alle einschlägigen Buchhandlungen für 19.90 € erhältlich sein wird.

Gemeinsam geschwächt

von
Niklas Reese

Gewerkschaften in den Philippinen

Gewerkschaften haben einen schweren Stand in den Philippinen. In vielen Firmen sind sie stillschweigend oder explizit verboten, auch wenn dies gesetzeswidrig ist. GewerkschafterInnen werden meistens als erste entlassen, geraten auf Schwarze Listen und verlieren so die Chance auf Neuanstellung. In einigen Unternehmen in den Freihandelszonen sind sogar Gespräche zwischen Arbeitenden verboten. Viele Fabriken schließen einfach, wenn sich Gewerkschaften bilden, und öffnen ihre Tore anderswo, oft sogar unter demselben Namen in einem Nachbarort. Die große Zahl von Arbeitslosen und -willigen ermöglicht es den Firmen, sie gegeneinander auszuspielen.

Gewerkschaften sind dagegen machtlos. Sie stoßen bei Organisierungsversuchen einer Studie der University of the Philippines zufolge üblicherweise auf Apathie unter den Beschäftigten, da diese fürchten, von der Betriebsführung als GewerkschafterIn oder »AktivistIn« identifiziert und damit Repressalien ausgesetzt zu werden beziehungsweise den Job zu verlieren (Aganon 2008). Es sind mehrere Fälle von Entführungen und Folter von GewerkschaftsführerInnen, vor allem im Textilsektor, bekannt. Zwischen 2001 und 2010 sind 97 GewerkschafterInnen ermordet worden. Dazu trägt auch die Militarisierung von Unternehmen – insbesondere in exportverarbeitenden Zonen (export processing zones) – bei, wenn die nationale Regierung den Investoren Sicherheit bietet und Sonder Einsatzkräfte per Gesetz dazu befugt, ArbeiterInnen zu unterdrücken.

In zahlreichen Firmen wurden unternehmensfreundliche Gewerkschaften (*yellow unions*) ins Leben gerufen, die denjenigen Gruppen, die Arbeitnehmerinteressen gegen das Management vertreten (daher auch »rote« Gewerkschaften genannt), das Leben schwer machen. »Sozialpartnerschaft« wird von den »gelben« Gewerkschaften als Ko-Management verstanden. Nach dem Motto: Was gut ist für das Unternehmen, muss auch gut sein für die ArbeiterInnen. Von Firmenleitungen werden sie logistisch und auch finanziell unterstützt – bis hin zur Aufstellung von Wahllisten durch das Management.

Die Arbeit von Gewerkschaften wird jedoch nicht nur durch Unternehmen behindert, sondern zusätzlich durch interne Streitigkeiten und Konkurrenzkämpfe. Im Jahr 2008 gab es nach Angaben des Nationalen Statistikamtes neun unterschiedliche Dachverbände, mehr als 160 Vereinigungen mit geschätzten 7.000 Betriebsgewerkschaften und 29.000 Gruppen organisierter ArbeiterInnen, wobei es landesweit keine betriebsübergreifenden Tarifverhandlungen gibt. All diese Gruppen stehen in der Regel in offener Konkurrenz zueinander. Dabei kommt es regelmäßig zu Mitgliederabwerbungen und feindlichen Kampagnen. Erschwerend kommt hinzu, dass Gewerkschaften oftmals exklusiv einem politischen Lager verbunden sind. Es fehlt an Gemeinsamkeit und sie verfolgen häufig unterschiedliche (machtpolitische) Ziele. Leidtragende sind letztlich die, die gerade auf Unterstützung durch Gewerkschaften angewiesen sind – die einfachen ArbeiterInnen.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist ohnehin gering und hat sich von 2000 bis 2008 zudem von 3,8 auf 1,9 Millionen halbiert. Über einen Tarifvertrag verfügten im Jahre 2000 noch 484.000 Beschäftigte, 2008 waren es gerade mal 249.000. Es sind also nicht mehr als fünf Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert und es verfügen nur 13 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder über einen Tarifvertrag, der auch nicht für allgemeinverbindlich erklärt wird. (Zum Vergleich: In Deutschland sind noch 20 Prozent aller Beschäftigten (6,2 Mio.) gewerkschaftlich organisiert.) In kleinen und mittleren Unternehmen gibt es so gut wie keine Gewerkschaften – und unter prekär Beschäftigten kaum Gewerkschaftsmitglieder.

Literatur

- > Marie Aganon et al. (2008): Revitalizing Philippine Unions – Potentials and Constraints to Social Movement Unionism. Quezon City: Friedrich Ebert Stiftung and U.P. School of Labor and Industrial Relations.